S1-060 Sachsen in Europa – eine Modellregion für Innovation und europäische Integration

Antragsteller*in: Gerd Lippold (Landkreis Leipzig KV)

Änderungsantrag zu S1

Von Zeile 59 bis 61:
Dazu muss die Staatsregierung sofort mit dem Einstieg in den Kohleausstieg beginnen und notwendige Strukturveränderungen vornehmen. ~~Hierzu~~Neben all den Strukturwandelförderinstrumenten, die derzeit im Rahmen der "Kohlekommission" diskutiert und in konkreten Programmen abgebildet werden, sollte sie die Möglichkeiten des Clean Energy Package der EU nutzen. In Sachsen ist mit der

Von Zeile 63 bis 69:
die Chancen der Digitalisierung dazu nutzen, das Energiesystem so umzubauen, dass viele kleine Stromerzeuger ~~für einen~~und innovative Unternehmen die Chancen eines dezentralen und grenzüberschreitenden ~~Energiemarkt produzieren~~Energiemarktes nutzen können und den aktiven Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Teilhabe ~~erlaubt~~ermöglicht wird. Wenn Sachsen endlich seine längst nur noch politisch vorgeschobene Abhängigkeit von der Kohleverstromung auflöst, entstehen neue Chancen für eine ökologische Infrastruktur ~~ohne Kohlestrom aufbaut, kann~~, für deren Unterstützung auch auf Mittel aus dem perspektivisch vorgesehenen Investitionshaushalt in der Eurozone zurückgegriffen werden kann. In Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn kann der Freistaat dazu beitragen, dem strukturschwachen

Von Zeile 73 bis 77:
Wir wollen eine EU, die eine weltweite Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt – gerade in einer Zeit eines US-Präsidenten, der den Klimawandel leugnet. ~~Daher~~Deshalb muss sich Sachsen dafür stark machen, dass die Bundesrepublik die ausgestreckte Hand europäischer Partner zur Einführung einer wirksamen CO2-Bepreisung auf europäischer Ebene endlich ergreift. Zusammen mit einer entschlossenen Fortführung der Reformen im europäischen Emissionshandel ist dies das wichtigste Instrument für ~~uns klar, dass~~rasche Fortschritte beim Umsteuern in der Energieversorgung und bei der Treibhausgasreduktion in allen Sektoren. Zudem muss die EU zukünftig ~~auch~~für eine Vielzahl von Klimaschutz-Sofortmaßnahmen mehr Mittel zur Verfügung stellen ~~muss~~, um das im Pariser Abkommen festgelegte 2- bzw. 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Das Ziel des Pariser Klimaabkommens. steht für uns unverrückbar, denn mit den Naturgesetzen kann niemand verhandeln. Die bisherigen Selbstverpflichtungen der EU passen noch nicht zu diesem Ziel. Wir treten dafür ein, dass sie konsequent verschärft werden, um dann in nationale Reduktionsziele übersetzt zu werden, die wiederum in verbindliche Zielvorgaben auch auf Ebene der Bundesländer münden müssen.

Von Zeile 80 bis 82 einfügen:
Klimaschutz sein will, muss auch bei unseren Nachbarn der Kohleausstieg beginnen. Die gerade in Sachsen im Zuge der Sanierung des DDR-Altbergbaus gewachsenen, zum Teil weltweit einzigartigen Erfahrungen mit der Bewältigung von Bergbaufolgen des Braunkohletagebaus und mit Ansätzen zur Wiedernutzbarmachung müssen genutzt werden, um in grenzübergreifender Zusammenarbeit auch den Kohleregionen in Polen und Tschechien Perspektiven aufzuzeigen.

Begründung

Anpassung an reale Situation. Beispiele:

-CO2-Mindestpreise/CO2-Besteuerung ist der wahrscheinlich wichtigste Diskussionsstrang zum europäischen Klimaschutz und kam im Antrag bislang nicht vor.

-"post mining" Kompetenzen sind für die Zusammenarbeit mit Nachbarländern beim Kohleausstieg sehr wichtig

-nicht der Freistaat baut ein Energiesystem um, sondern das machen diejenigen, denen die Politik dazu durch geeignete Gesetze und Rahmenbedingungen die Chancen eröffnet.

Unterstützer*innen

Philip Tafarte (Dresden KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)